

6. Wahlperiode – 50. Sitzung

Tagesordnungspunkt 2

Zweite Aktuelle Debatte

Löhne und Renten niedrig – Lebenshaltungskosten hoch. Zeit für einen Politikwechsel zur Beendigung der Benachteiligung der Menschen in Ostdeutschland

Antrag der Fraktion Die Linke

15. März 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Waren Sie schon einmal in der Stadt Hagen?

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Ich komme von da!)

– Sie kommen sogar von da? Wunderbar! Dann wissen Sie vielleicht, was die „taz“ über Hagen als hässlichste Stadt Deutschlands geschrieben hat.

(Leichte Heiterkeit – Zuruf der Abg. Sarah Buddeberg, DIE LINKE)

Das ist natürlich ein gefühltes Kriterium, so wie uns der Kollege Gebhardt schon viele gefühlte Fakten vorgetragen hat, aber man kann an bestimmten Kriterien nachweisen, wo es sich in der Bundesrepublik Deutschland besonders gut und wo es sich nicht ganz so gut leben lässt, das heißt: Wo ist die Lebensqualität hoch, und wo ist sie nicht so hoch? Dazu gab es unlängst ein Ranking mit verschiedenen Indikatoren, zum Beispiel: Wo gibt es ausreichend Arbeitsplätze? Wo gibt es ausreichend Wohnraum? Wo ist die Quote der Straftaten, die Kriminalität relativ gering? Zwei Fakten aus dieser Datenerhebung sind für unsere heutige Diskussion relevant: einmal die sogenannten Flop Ten, also die am wenigsten lebenswerten Städte in der Bundesrepublik. Von diesen Flop Ten sind neun westdeutsch und nur eine ostdeutsch, und diese auch relativ weit hinten. Die Liste der am wenigsten lebenswerten Städte wird angeführt von Städten wie Gelsenkirchen, Krefeld, Herne und – ich muss es leider sagen, Frau Kollegin – auch von Hagen.

Eine zweite wichtige Information aus diesem Ranking ist, dass die Grenze zwischen „weniger lebenswert“ und „mehr lebenswert“ oder „lebenswerter“ nicht etwa zwischen Ost und West verläuft, sondern zwischen Nord und Süd. Auch das ist bereits bekannt. Strukturschwache Regionen, sehr verehrte Damen und Herren, gibt es auch in den alten Bundesländern, im Westen, und unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit als politische Verantwortungsträger sollte allen strukturschwachen Regionen gelten. Das haben auch jene in den alten Bundesländern verdient, die nach der Wiedervereinigung für uns mitbezahlt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, das ist eine sehr unpopuläre These. Was stimmt und worin ich Ihnen recht gebe: Ostdeutsche sind besonders häufig von Niedriglohnjobs betroffen; Herr Gebhardt, das haben Sie schon ausgeführt. Hier ist es tatsächlich so, dass es sich nicht um ein Nord-Süd-Gefälle handelt, sondern beispielsweise in Hamburg 15 % der Menschen von Niedriglöhnen betroffen sind, in Mecklenburg-Vorpommern hingegen 35 %. Hier haben wir es mit einem Ost-West-Gefälle zu tun, und daran müssen wir arbeiten, das erkenne ich genau wie Sie. Dies führt allerdings auch dazu, dass wir zum Beispiel im Bereich Taxifahrten, Pflegeheime – Sie haben ausgeführt, wie viel eine Pflegekraft erhält –, Handwerker usw. weniger Kosten haben, was wiederum dazu führt, dass die Lebenshaltungskosten im Osten niedriger sind. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz.

Das heißt aber auch: Die realen Einkommensunterschiede sind deutlich geringer. In Leipzig beispielsweise beträgt der Unterschied zu dem Warenkorb in München 30 %, also, man bekommt in Leipzig 30 % mehr für sein Geld als in München. Die Wirtschaftspolitik der ostdeutschen Länder – das wird immer wieder gefordert – muss das Lohngefälle aufbrechen, das ist richtig. Doch das kann die Wirtschaftspolitik nicht allein. Was sie dafür benötigt, um das Lohngefälle aufzubrechen, sind mündige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich fände es klug, nicht immer wieder, wie von Ihnen in dieser Debatte vorgetragen, den defizitorientierten Ansatz zu wählen, sondern selbstbewusst und stolz nach draußen zu gehen und zu zeigen, was wir im Osten Deutschlands können und erreicht haben. Auch dazu habe ich eine interessante Datenerhebung gefunden: Das Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung stellte in einer Umfrage die These auf: Ein schulpflichtiges Kind leidet wahrscheinlich, wenn die Mutter berufstätig ist. Dieser steilen Behauptung stimmten im Jahr 1994 70 % der westdeutschen Frauen zu. Im Jahr 2012 waren es nur noch 30 %. Diese Veränderung der Umfragewerte, dieser Bewusstseinswandel ist ein Erfolg der Wiedervereinigung, auf den ostdeutsche Frauen stolz sein können und sollten.

(Beifall bei der SPD und der Staatsregierung)

Sie rücken die Löhne in den Fokus. Das ist korrekt, auch vor dem Hintergrund der Kinder- und Altersarmut. Ich möchte keine Debatte über die Entlohnung in Ost und West führen, sondern über die Entlohnung sozialer Berufe; denn das ist, auch wenn die Entlohnung in den alten Bundesländern etwas besser ist, ein bundesweites Problem. Die Aktuelle Debatte ist für mich nicht: Was bekommen Osis, und was bekommen Wesis? Die Aktuelle Debatte ist: In welcher Gesellschaft wollen wir einmal leben? In einer Gesellschaft, in der Menschen arm werden, weil sie in der Pflege arbeiten, oder in einer Gesellschaft, in der die Menschen, die dafür sorgen, dass die Würde des Menschen bis zu seinem Lebensende erhalten bleibt, endlich gerecht entlohnt werden?

(Beifall bei der SPD und der Staatsregierung)

Sie haben im Rahmen Ihres Debattenbeitrages auch einige Umfragen angesprochen, die sich vor allem mit Gefühlen befasst haben. Das liegt ja im Moment im Trend. Ich denke, wir als Politikerinnen und Politiker, die mit mehr als nur Gefühlen arbeiten müssen, nämlich auch mit Tatsachen und Gesetzen, müssen eine Entscheidung treffen: Wollen

wir diese Gefühle befeuern, oder wollen wir ihnen etwas entgegensetzen? Ich bitte Sie um Letzteres.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und des Abg. Martin Modschiedler, CDU)